

Zum Postulat von Dr. Tenchio et al. betreffend "Erweiterung des Angebots vorschulischer familienergänzender Kinderbetreuung in der Stadt Chur" (Nr. 4/2008)

Anrede

Die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf trifft nach wie vor in erster Linie Frauen, zunehmend aber auch Männer, welche trotz Karriere aktiv an der Kindererziehung und am Familienleben teilhaben wollen. Es sind daher Massnahmen im Bereich der Familienpolitik gefordert. Der staatliche Beitrag an die Förderung familienpolitischer Massnahmen steht ein grosser gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Nutzen gegenüber.

Das freisinnige Gedankengut mit dem Appell an die Eigenverantwortung könnte ob der Zusage an die staatliche Finanzierung von Kinderkrippen hinterfragt werden. Allerdings zu unrecht! Denn es ist zu beachten, wem die Kinderkrippen einen Nutzen bringen. Hier lassen sich die Eltern, die Wirtschaft und der Staat in einer Reihe aufzählen.

Die Eltern haben ein Interesse daran, dass sie ihre Kinder in gut funktionierenden Kinderkrippen abgeben können, damit Doppelverdiener bzw. Alleinerzieher ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Der Vorteil liegt darin, dass der erlernte Beruf nicht aufgegeben werden muss, dass die erwerbstätige Person die Entwicklungen im Beruf nicht verpasst, dass genügend verdient wird, um die Lebenshaltungskosten zu decken, dass jeder Elternteil seine Eigenständigkeit, seine Unabhängigkeit und sein Selbstwertgefühl behalten kann.

Die Wirtschaft profitiert von den Krippen, weil die Eltern nicht aus dem Arbeitsprozess fallen, somit die Fluktuationen klein bleiben, das Know-how somit in der Unternehmung bleibt, genügend gut ausgebildete Fachpersonen auf dem Arbeitsmarkt sind etc.

Bei den Eltern und der Wirtschaft ist die Eigenverantwortung im klassischen Sinne somit deutlich ausgewiesen. Doch wie sieht es aus beim Staat? Die Eigenverantwortung trifft auch ihn. Wie das? Ein Element der Definition des Staates ist das Volk. Der Staat hat ein eminentes Interesse daran, dass sich die Bevölkerungsdichte nicht verringert. Sie kennen alle die Problematik um den Rückgang der Geburtenrate, welche insbesondere in Graubünden

besorgniserregend tief ist. Der Staat hat aber auch ein Interesse an Kinderkrippen, weil sonst seine Investitionen in die Ausbildung – vor allem von Frauen – keinen Nutzen haben werden. Es ist daher folgerichtig, dass sich der Staat an der Finanzierung von Kinderkrippen beteiligt. Wenn der Staat teure Ausbildungen bezahlt, dann steht er auch in der Verantwortung, wenn es darum geht, dass diese Ausbildungen zugunsten der Allgemeinheit angewendet werden.

Wenn Eltern, Wirtschaft und Staat von Kinderkrippen profitieren, so haben auch alle daran zu zahlen. Das kantonale Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist wieder einmal ein solches Gesetz, welches die Gemeindeautonomie mit einem Streich aushebelt. Die Gemeinde hat ungefragt einfach seine Finanzierung aufzustocken, wenn der Kanton seine eigene Aufstockung vorlegt. In Bezug auf die Aufstockung sind uns somit die Hände gebunden. Nach der jüngsten drohenden Aufstockung hat der Staat 40 % der Kosten der Kinderkrippen zu tragen. Diese Beteiligung scheint der FDP mehr als ausreichend zu sein. Der Aufbau einer eigenen städtischen Kinderkrippe ist daher nicht opportun. Es kann nämlich festgehalten werden, dass die privaten Trägerschaften bestens funktionieren. Der Staat hat aber nicht in solche gut funktionierende Bereiche einzugreifen. In diesem Zusammenhang erweist sich der Bericht des Stadtrates als unsorgfältig. Es trifft nämlich nicht zu, dass die bestehende Kinderbetreuung ARCHE nicht anerkannt ist. Jede Aufnahme von Kindern ist bewilligungspflichtig. Entsprechend hat auch die Kinderbetreuung ARCHE eine Bewilligung. Die entsprechende Verfügung liegt mir vor. Es handelt sich somit um eine anerkannt Betreuungsstätte, welche aber bislang freiwillig auf staatliche Unterstützung verzichtet. Die ARCHE wird des Weiteren im Bericht des Staates in Zusammenhang mit der Auflistung der vorhandenen Krippenplätzen schlicht ignoriert. Gemäss den mir schriftlich vorliegenden Informationen verfügt die Kinderbetreuung ARCHE über freie Kapazitäten. Unter Berücksichtigung dieser freien Kapazitäten teilt die FDP die Meinung, dass das Angebot erhöht werden soll. Dies allerdings auf privater Basis.

Sodann wäre die Stadt Chur gut beraten, das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht nur vorschulisch, sondern auch im Kindergarten und in der Schule sicherzustellen. Die Kinder, welche bislang während eines ganzen Tages durch die Krippen betreut wurden und dann in den Kindergarten und später in die Schule übertreten, sollten weiterhin ganztags betreut werden können. Hierfür hat die

Stadt die erforderlichen Massnahmen zu treffen. Die derzeitigen Blockmodelle sind hierfür ungenügend und müssen breiter eingesetzt werden. Zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf ist die familienergänzende Kinderbetreuung auch im Kindergarten und der Schule auszubauen. Die Kosten, welche dabei den Eltern erwachsen, sollten vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Endlich ist an dieser Stelle wieder einmal ein Appell an die Stadt zu richten, weitere Tagesschulen einzuführen. Die FDP hat das Thema Tagesschulen 1994 mit einem Postulat lanciert. Die heutige Gesellschaftstruktur benötigt mehr Tagesschulen denn je zuvor.

In diesem Sinne ist die FDP-Fraktion für die Überweisung des Postulats.

Chur, den 31. Januar 2008/DI